

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT VOM 9. MAI 2018 ZUR POLITIK DER FRÜHEN KINDHEIT

KANTONALE PARLAMENTE

Beobachtungszeitraum: Februar bis April 2018

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

Der vorliegende Bericht zu den legislativen Aktivitäten auf kantonaler Ebene geht auf die Periode Februar bis April 2018 ein. Es waren im Vergleich zur vorherigen Periode eher wenig neue Vorstösse zu verzeichnen.

Einmal mehr stand das Thema der Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Zentrum der Berichtsperiode. So wurden verschiedentlich Forderungen laut, mit den zusätzlichen CHF 100 Millionen an Bundesgeldern das bestehende Angebot auszubauen oder den Anteil der kantonalen Subventionen zu erhöhen. Die kantonalen Begehrlichkeiten sind relativ gross und es wird sich zeigen, wie die einzelnen Kantone von den Bundesgeldern profitieren können, wenn der Bund die Verordnung erlässt (wird im Frühsommer erwartet).

Auch das Eintrittsalter in die Volksschule bewegt die Parteien nach wie vor. In mehreren Kantonen sind Vorstösse hängig oder neu eingereicht worden, die eine Flexibilisierung des Eintrittsalters fordern. Zu erwähnen ist dabei, dass die Urheber der Vorstösse sowohl aus der SP wie auch aus der SVP stammen.

Einen dritten Themenschwerpunkt bilden die Familien- und Geburtszulagen, die wiederum von links und von rechts eingefordert wurden – wenn auch die Motive, diese zu verlangen, sehr unterschiedlich sind.

Eine Übersicht mit relevanten Vorstössen findet sich im nachstehenden Kapitel, die Liste aller hängigen und erledigten Vorstösse ist in Kapitel 3 zu finden.

2 WICHTIGE LAUFENDE UND PENDENTE VORSTÖSSE

Familienpolitik

Im Bereich der Familienpolitik drehten sich die Vorstösse in der Berichtsperiode ausschliesslich um die Frage der Höhe der Kinder- und Familienzulagen. So wurde bspw. im Kanton Schaffhausen von der JUSO gefordert, die [Familienzulage zu erhöhen und eine Geburtszulage](#) einzuführen, während die SVP im Wallis verlangte, dass auch arbeitslose oder alleinstehende Elternteile [Anrecht auf Geburts-, Adoptions- und Familienzulagen](#) erhalten.

Externe Kinderbetreuung

Beim Themenbereich der externen Kinderbetreuung war die Bandbreite der Themen sehr gross. Sie reichte von der Einhaltung von [Normen in der familienexternen Kinderbetreuung](#) im Kanton Neuenburg (SP) bis hin zur Einführung eines selektiven [Spielgruppenobligatoriums auf Gemeindeebene](#) im Kanton Basel-Landschaft (SP). Letzteres würde den Gemeinden die gesetzliche Grundlage geben, um den Spielgruppenbesuch für Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen für obligatorisch zu erklären.

Mehrere Vorstösse betrafen das vorhandene [Angebot an familienexterner Kinderbetreuung](#), das im Gegensatz stehe zum eigentlichen Bedarf, so bspw. im Kanton Baselland (EVP). Auch im Kanton Bern forderten die Grünen einen [Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung](#). Mehrere Vorstösse richteten sich des Weiteren an die Kantonsbehörden, damit sie sicherstellen, dass der Kanton die Betreuungsangebote unterstützt oder seine Unterstützung ausbaut, gerade auch aufgrund der zusätzlichen CHF 100 Millionen an Bundesgeldern, die ab 2018/19 zur Verfügung stehen. Im Kanton Freiburg wurde von der CSP verlangt, die [Ausserschulischen Betreuungsplätze für Schulkinder](#) mit den Bundesgeldern zu subventionieren. Zudem sollen laut der SP die Gemeinden aufgefordert werden, einen höheren [Anteil an subventionierten Betreuungsplätzen](#) (SP) zur Verfügung zu stellen.

Interessanterweise bezogen sich zwei Vorstösse in den Kantonen Zürich (SVP) und Basel-Stadt (CVP/EVP) auf das [Eintrittsalter in den Kindergarten](#) bzw. in die [Primarschule](#). Da das Eintrittsalter wegen HarmoS generell sinke, seien die jüngeren Kinder in Kindergarten und Primarschule überfordert, was Lehrpersonen und Eltern vor neue Herausforderungen stelle. Sie verlangen eine Flexibilisierung des Eintrittsalters, bzw. einen sanften Einstieg. Ein ähnlicher Vorstoss wurde in der Berichtsperiode im [Kanton Solothurn von der Regierung zur Ablehnung empfohlen](#). Auch im Tessin forderte die CVP eine Lockerung der Vorschriften zum [Eintrittsalter und Besuch des Kindergartens](#).

Vereinbarkeit

Mehrere Vorstösse aus der Kategorie „Externe Kinderbetreuung“ wiesen Schnittstellen zum Thema Vereinbarkeit auf, weswegen gewisse Überlappungen bestehen. Die unter „Vereinbarkeit“ kategorisierten Vorstösse betrafen mehrheitlich das Thema Tagesstrukturen an den Volksschulen, weshalb an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen wird.

Fachkräftemangel

Im Bereich des Fachkräftemangels wurde einzig ein neuer Vorstoss aus dem Kanton Bern verzeichnet, der von der SP eingereicht wurde. Das Postulat verlangt, [Lehrpersonen besser abzugelten](#), um der zunehmenden Komplexität und der Schwierigkeit, geeignete Personen zu rekrutieren, gerecht zu werden.

Gesundheitsförderung und Prävention

Auch im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention ist lediglich ein Vorstoss aus dem Kanton Bern zu verzeichnen. Die SP verlangt, dass der Kanton Massnahmen ergreift, um der [sexuellen und körperlichen Gewalt an Kindern vorzubeugen](#), da der Bund seinerseits nicht tätig werde.

3 ALLE GESCHÄFTE (PENDENTE, LAUFENDE UND ERLEDIGTE)

Familienpolitik

Basel-Landschaft	Moderne Familienpolitik: Einführung Individualbesteuerung und höhere Kinderzulagen	BDP (Bürgerlich-Demokratische Partei)	19.04.2018: Eingereicht
Freiburg	Avances pour l'entretien des enfants, des conjoints ou des ex-conjoints : adaptation au nouveau droit des pensions alimentaires pour les enfants	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei), FDP/PRD/PLR (Freisinnig-Demokratische Partei)	17.04.2018: Antwort der Regierung 12.10.2017: Eingereicht
Schaffhausen	Ideales Lebensumfeld für Familien Anpassung der Familienzulagen		19.02.2018: Erheblich- erklärung 15.05.2017: Eingereicht
Wallis	Geburts- und Familienzulagen	SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei), CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	16.02.2018: Antwort der Regierung 08.06.2017: Eingereicht

Externe Kinderbetreuung

Neuenburg	Surveillance des structures d'accueil de la petite enfance	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	25.04.2018: Erledigt 25.04.2018: Antwort der Regierung 19.02.2018: Eingereicht
-----------	--	------------------------------------	---

Basel-Landschaft	Schaffung der Möglichkeit für Gemeinden, ein selektives Spielgruppenobligatorium einzuführen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	10.04.2018: Regierung beantragt Annahme 11.01.2018: Eingereicht
Luzern	Die Prüfung der Einreichung eines Gesuchs zur zusätzlichen finanziellen Unterstützung der Kinderbetreuung durch den Bund	GLP (Grünliberale Partei Schweiz)	27.03.2018: Regierung beantragt Annahme 27.03.2018: Antwort der Regierung 31.10.2017: Eingereicht
Neuenburg	Comment mieux encadrer les stages en crèche ?	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	27.03.2018: Erledigt 27.03.2018: Antwort der Regierung 23.03.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	"Einführungsklassen jetzt!"		26.03.2018: Eingereicht
Freiburg	Änderung des Gesetzes über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen (FBG) (Art. 9, Abs. 1): Rechtmässig anerkannte vorschulische Einrichtungen und ausserschulische Betreuungseinrichtungen (3H-8H) sollen vom Staat finanziell unterstützt werden	CSP/PCS (Christlichsoziale Volkspartei)	23.03.2018: Eingereicht
Basel-Landschaft	Zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB)	EVP/PEV (Evangelische Volkspartei)	22.03.2018: Eingereicht

Basel-Landschaft	Früh übt sich, wer eine Meisterin oder ein Meister werden will	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	22.03.2018: Erledigt / abgelehnt 22.03.2018: Parlament lehnt Vorstoss ab 18.12.2017: Regierung beantragt Annahme 16.11.2017: Eingereicht
Bern	Bessere Kostendeckung bei Tagesschulen	SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei)	19.03.2018: Erledigt / abgelehnt 19.03.2018: Parlament lehnt Vorstoss ab 15.11.2017: Regierung beantragt Annahme 15.11.2017: Antwort der Regierung 19.06.2017: Eingereicht
Bern	Familienergänzende Kinderbetreuung im Kanton Bern bedarfsgerecht ausbauen!	GPS/PES (Grüne Partei)	19.03.2018: Eingereicht
Bern	Ganztagesschulen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	19.03.2018: Erledigt / abgelehnt 19.03.2018: Parlament lehnt Vorstoss ab 08.11.2017: Regierung beantragt Annahme 08.11.2017: Antwort der Regierung

			06.06.2017: Eingereicht
Solothurn	Weicher Einstieg in den Kindergarten	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	19.03.2018: Regierung beantragt Ablehnung 19.03.2018: Antwort der Regierung 20.12.2017: Eingereicht
Graubünden	Rechtsstellung von kinderbetreuenden Spielgruppen im Kanton Graubünden	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	19.03.2018: Antwort der Regierung 06.12.2017: Eingereicht
Bern	Einige Eltern brauchen dringendst Hilfe!	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), PSA (Autonome Sozialistische Partei)	19.03.2018: Parlament unterstützt Vorstoss 15.11.2017: Regierung beantragt Annahme 15.11.2017: Antwort der Regierung 08.06.2017: Eingereicht
Bern	Früherziehung als sonderpädagogische Massnahme und frühe Führung sollen in die Erziehungsdirektion überführt werden	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	20.03.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	Heilpädagogische Früherziehung im Kanton Solothurn	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	14.03.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	Verbesserung des Eintritts in die Volksschule	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei), EVP/PEV (Evangelische Volkspartei)	14.03.2018: Eingereicht

Zürich	Früher Kindergarteneintritt	SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei)	26.02.2018: Eingereicht
Sankt Gallen	Spielgruppenbesuch effizient fördern	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei), CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei), FDP/PRD/PLR (Freisinnig-Demokratische Partei)	20.02.2018: Erledigt 23.01.2018: Antwort der Regierung 28.11.2017: Eingereicht
Freiburg	Loi sur les structures d'accueil extrafamilial de jour (LStE) - Modification des articles 9 et 10 (Financement)	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	08.02.2018: Eingereicht
Tessin	Per la modifica delle direttive sulla frequenza nella scuola dell'infanzia: per un vero accesso dei bambini di 3 anni alla scuola dell'infanzia	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	12.03.2018: Eingereicht

Fachkräftemangel

Zürich	100%-Stellen auch für Kindergartenlehrpersonen	EVP/PEV (Evangelische Volkspartei), GPS/PES (Grüne Partei), SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	04.04.2018: Regierung beantragt Ablehnung 04.04.2018: Antwort der Regierung 15.01.2018: Eingereicht
Basel-Landschaft	Bildungsqualität statt Abbau: Stärkung der Berufsbildung	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	22.03.2018: Erledigt / abgelehnt 22.03.2018: Parlament lehnt Vorstoss ab 20.12.2017:

			Regierung beantragt Ablehnung 20.12.2017: Antwort der Regierung 28.09.2017: Eingereicht
Bern	Klassenlehrpersonen der Volksschule und des Kindergartens sollen besser abgegolten werden	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), PSA (Autonome Sozialistische Partei)	20.03.2018: Eingereicht

Vereinbarkeit

Basel-Stadt	Anpassung Richtgrösse Tagesstrukturen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	15.03.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	Qualität und Benutzerfreundlichkeit der Tagesstrukturen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	14.03.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	Stellvertretungssystem bei Elternschaft	GB (Grünes Bündnis)	14.03.2018: Eingereicht
Solothurn	Vaterschaftsurlaub für die Angestellten des Kantons Solothurn	GPS/PES (Grüne Partei)	27.02.2018: Erheblich- erklärung 27.02.2018: Antwort der Regierung 15.11.2017: Eingereicht

Gesundheitsförderung und Prävention

Bern	Kinderschutz-Programm gegen innerfamiliäre Gewalt	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	07.03.2018: Eingereicht
------	---	------------------------------------	------------------------------------

